

**Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Dölle
sehr geehrte Damen und Herren,**

Haushaltsberatungen für das kommende Jahr sind grundsätzlich ein Statement für die Zukunft einer Gemeinde. Ein Großteil der kommenden Ausgaben sind Pflichtausgaben, aber mit dem anderen Teil werden die Weichen gestellt.

Die Haushaltsberatungen 2023 fielen in einen Zeitraum, der überlagert ist vom Krieg in der Ukraine. Dennoch, in unserer Gesellschaft ist das Zukunftsthema Nr. 1 der Klimawandel. Der letzte Winter mit großer Feuchtigkeit und der letzte Sommer mit extremer Hitze zeigen uns, dass die vorhergesagten Modellrechnungen von extremen Wetterlagen die Wirklichkeit widerspiegeln. Das war bereits in den letzten Jahren zu beobachten.

Zukunft kommt also nicht immer überraschend, einiges ist vorhersehbar. Darauf kann man sich einstellen – und wenn das kippende Klima unsere Lebensgrundlage bedroht, stehen wir in der Pflicht, zu reagieren.

Viele Privatleute finanzieren einen Umstieg auf erneuerbare Energien, der Staat verschuldet sich und schafft finanzielle Anreize und sogar Bayern will doch wieder Windkraftwerke bauen. Ein Umschwung ist überall spürbar, denn nur gemeinsam können wir die Wende schaffen.

So kann sich auch die Gemeinde als kleinste politische Einheit nicht verstecken, sondern muss einen starken Beitrag leisten – dachten wir. Unsere Anträge zum Haushalt sollten dem Rechnung tragen und vor Ort eine Investition in eine nachhaltige Entwicklung anstoßen.

Viel übrig geblieben ist von dieser Weichenstellung in die Zukunft jedoch nichts. Mantraartig haben SIE, Frau Dölle, in den Haushaltsberatungen wiederholt: „*Klimaschutz ist keine kommunale Aufgabe*“. Und wenn man sich nicht zuständig fühlt, kann man mit seiner Mehrheit auch alles ablehnen. Das ist ein alter Kniff derjenigen, die nicht Gestalter sein wollen. Aber die Zukunft muss man gestalten und nicht verwalten.

Unser Antrag, PV-Anlagen zu fördern wurde von 500.000 € auf 25.000 € zusammengestrichen, zugleich wurde der Ansatz für eine einheitliche Bestuhlung in der Georg-Hänfling-Halle auf 100.000 € erhöht. Ein Schelm, der hier ans ‚Aussitzen‘ denkt.

Und dann gab es noch immer wiederkehrend IHREN zweiten Satz, mit dem aktuelle Anträge ausgebremst wurden: „*Zum Handeln brauchen wir einen Energienutzungsplan*“.

Dass der Energienutzungsplan endlich nach jahrelangen, vergeblichen Anträgen von uns kommen soll, ist positiv. Aber was hindert uns daran, Photovoltaik jetzt massiv auszubauen oder Stromspeicher zu schaffen? Das letzte Jahr zeigte uns allen, dass es keine Frage des ‚*ob...*‘, sondern nur die Frage des ‚*wann...*‘ ist.

Dass jetzt erste kommunale Gebäude mit einer PV-Anlage nachgerüstet werden ist nur ein verspäteter Tropfen auf den heißen Stein. Wir lassen wieder ein Jahr mit viel zu geringer Bereitstellung finanzieller Mittel verstreichen und behalten im Landkreis unseren letzten Platz bei der Produktion erneuerbarer Energie.

Will man hier wieder, wie bei unseren jahrelang gescheiterten Anträgen für ein Notstromaggregat, auf den Druck des Landratsamtes warten? Notstromversorgte Gebäude mit den notwendigen Anschlüssen hätten wir schon vor Jahren und damals viel billiger schaffen können.

Und wo wir gerade die Wirtschaftlichkeit angesprochen haben: Dieses Schlagwort muss ja leider ebenfalls für die Ablehnung und Zurückweisung erhalten. Jedoch sind weder Klimaschutz noch soziale Gerechtigkeit eine Frage der Wirtschaftlichkeit. Wer nachhaltig rechnet, wer versteht, dass Regelkreisläufe ineinandergreifen, der erkennt, dass sich solche Ausgaben auf Dauer amortisieren.

Ein Beispiel:

Die stark gestiegenen Energiekosten zeigen, dass wir durch eine schrittweise energetische Sanierung der meisten gemeindlichen Liegenschaften, mit wenig aufwändigen Fassaden- beziehungsweise Dachdämmungen, diese Kostensteigerung abgemildert hätten.

Der Bauhof, die Georg-Hänfling-Halle oder das Interimsgebäude sind hier klassische Beispiele. Wir aber warten auf teure Generalsanierungen.

Gleiches gilt für den Verfall der Verkehrsinfrastruktur aus den Wachstumsjahren der siebziger und achtziger Jahre. Frau Kohlmann hat die Liste der zu sanierenden und nicht sanierten Straßen vorlegt und sie wächst Jahr für Jahr weiter. Anstatt nach dem Beispiel anderer Gemeinden großflächig günstige Überarbeitungen vorzunehmen werden Schritt für Schritt kurze Straßenstücke grundlegend saniert. So

verschieben wir den massiv wachsenden Berg an Straßenschäden auf die Zukunft und kalkulieren Gefährdungen von Verkehrsteilnehmern ein.

Wir haben uns auf Ihre Anregung hin, Frau Bürgermeisterin, mit anderen Fraktionen von Juni bis August getroffen, Anträge ausgearbeitet und rechtzeitig eingereicht. Doch was ist das Ergebnis:

- geringe Mehrausgaben in Klimaschutz und Infrastruktur**
- kleine Zusagen an unsere Kollegen von den Freien Wählern**
- und für die SPD, statt der Schaffung menschenwürdiger Verfügungswohnungen für die ärmsten Menschen, neue Wohncontainer zur sichtbaren Stigmatisierung dieser Menschen.**

Die Rathausmehrheit aus UBE, CSU und JU ist bei den Beratungen wie in den letzten Jahren der klaren Linie ihrer Bürgermeisterin gefolgt. Wir bezweifeln allerdings, dass bei allen Ablehnungen unserer Anträge nur die eigene Überzeugung ausschlaggebend war. Gerade die Jüngeren hätten hier zeigen können, dass sie auch im Auftrag ihrer Generation Entscheidungen fällen.

Die Argumente von UBE, CSU und JU hätten uns interessiert – wir haben leider sehr wenig von Ihnen in den Haushaltsberatungen gehört.

Zum Gesamthaushalt stellen wir fest:

Im Verwaltungshaushalt sind sehr viele gute Ansätze enthalten, gerade bei Pflichtaufgaben wie Schulen, Kinderbetreuung und dem Feuerwehrwesen. Aber auch im Jugendbereich und bei der

Gemeindebücherei oder VHS - beides ganz klar freiwillige Leistungen - werden deutliche Akzente gesetzt.

Ferner gibt es viele unstrittige Punkte im Vermögenshaushalt:

Ausbau der Kinderbetreuung, die Sanierung des Bürger Schlosses, die Sanierungsschritte in der Eisenstraße und rund um den Dorfladen in Eckenhaid, die Arbeit am Spielplatzkonzept, die Schulausgaben oder unser Feuerwehrwesen.

Wir danken Herrn Maier und seinem Team für die Offenheit und die vertrauensvolle Zusammenarbeit im Rahmen der Haushaltsberatungen.

Wir sind uns sicher, Herr Maier hätte diesen Haushalt auch mit starken nachhaltigen Inhalten für mehr Klimaschutz und Infrastruktur zu einem guten Abschluss gebracht.

Wir stehen hinter Herrn Maier und seiner Haushaltserstellung, aber wir stehen nicht hinter zentralen Inhalten bei vielen Investitionen, die SIE mit großer Energie umsetzen wollen.

Es wäre ein Statement für die Zukunft gewesen, dem Klimaschutz und dem Erhalt der Infrastruktur eine zentrale Rolle zu geben.

Die Mehrheit wird heute dem Haushalt zustimmen, weil er aus Ihrer Sicht auf einer soliden Basis steht.

Für uns steht der Haushalt leider nicht für eine nachhaltige, ökologische Entwicklung Eckentals. Und dies ist entscheidend!

Dem Haushalt 2023 und der Finanzplanung, die sich der Verantwortung für unseren Planeten nicht stellen will, werden wir nicht zustimmen.

Wir lehnen heute den vorgelegten Haushalt und die Finanzplanung geschlossen ab!

- es gilt das gesprochene Wort -